

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4)

Erstheint Werktags



Bezugspreis monatlich 80 Hg. Der 5. bis 10. Hg. im Nachbarortverkehr 2.15 M. in Württemberg 2.20 M. vierteljährlich, hiesig 2.50 Hg.

Anzeigen 12 Hg., von auswärtig 16 Hg. die Werbungsstelle oder deren Raum. Reklame 25 Hg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Kaufkraft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Hg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Hg.

Nr. 71

Montag, den 24. März 1919

86. Jahrgang.

Neuer Umsturz in Ungarn.

Die Verbandsmächte haben in ihrem blindwütigen Vorgehen gegen die unterlegenen Mittelmächtigkeiten einen neuen Erfolg zu verzeichnen, allerdings einen Erfolg, den sie selber nicht wünschten und der ihnen auch das Konzert gründlich verderben kann. In Ungarn ist in der Nacht zum 22. März ein neuer Umsturz zum Ausbruch gekommen. Der demokratisch-republikanische Präsident Graf Michael Karolyi ist mit dem gesamten Ministerium zurückgetreten und die sozialistische Partei hat, nachdem sie sich mit den radikalen Kommunisten geeinigt hatte, die Regierungsgewalt übernommen. Die neue Regierung hat sofort die bolschewistische Räterepublik ausgerufen, das Ständrecht über das ganze Land verhängt und einen Bund mit der Sowjetregierung in Moskau geschlossen. Die uneingeschränkte Diktatur des Proletariats in Ungarn ist verkündet. Die neuen Minister haben, ganz nach russischem Vorbild, den Titel Volkskommissare angenommen. Die Einbeziehung Ungarns in den Kreis des Bolschewismus ist also restlos vollzogen.

Aber es waren nicht innere Gründe, die das ungarische Volk zu der Verzweiflungsthat trieben. Die französische Zwangsverwaltung, die Ungarn unter dem Daumen hält wie das besetzte Gebiet des Deutschen Reichs, hat es getan. Ungarn sollte ein weiteres großes Gebiet verlieren, im Osten an die Rumänen, im Nordwesten an die Tschechoslowaken, es sollte „zerstückelt“ werden, wie Clemenceau und Lloyd George zerstückeln wollen. Die Verbänderten wollten alle wichtigeren Städte des Landes mit Ausnahme von Budapest besetzen und die ganze Zivilverwaltung unter ihre Kontrolle nehmen. Das brachte denn das Maß zum Ueberlaufen. Karolyi sah keinen anderen Ausweg mehr, als die Bolschewisten zu Hilfe zu rufen und so Gift mit Gift auszutreiben. Des ungarischen Volks hat sich eine unbeschreibliche Erbitterung bemächtigt und nach den Zeitungsberichten ist es zum Aufruhr entschlossen. Starke bolschewistische Streitkräfte ziehen aus der Ukraine in der Linie Brody-Stanislaw (Galizien) heran, um zunächst Lemberg zu nehmen. Das östliche Ungarn aber soll das Kupfergebiet des Bolschewismus für seinen Zug nach dem Westen werden.

Ob der Schritt Karolyis die einzige Möglichkeit war, der Vernichtungspolitik des Verbands zu begegnen, mag dahingestellt bleiben; er wird voraussichtlich von schwerwiegenden Folgen sein. Dem „Socialismus asiaticus“ ist das Tor zum Einzug in Europa geöffnet. Sollte der französische Oberkommandant in Budapest bei seiner rechtswidrigen und brutalen Gewalttätigkeit etwa auch von dem Gedanken geleitet worden sein, durch möglichst große Machtverminderung Ungarns zugunsten der Rumänen und Tschechen einen Damm gegen die bolschewistische Brandung zu errichten, so hat er sich jedenfalls gründlich verrechnet. Gerade das Gegenteil hat er erreicht. Mit Schimpf und Schande werden die verhängten Besatzungsstruppen, wenn die russischen Korps anrücken und das ungarische Volk sich dann gegen seine Bedrücker erheben wird, das Land verlassen müssen, so wie sie eben erst den russischen Boden haben räumen müssen. Die Häupter der Friedenskonferenz werden so wohl alle diplomatischen Künste spielen lassen, um die ungeahnte Gefahr zu beschwören, ob es aber noch etwas nützen wird, erscheint doch einigermaßen fraglich. Wenn ein zur Verzweiflung getriebenes Volk noch politisch fanatisiert wird, so ist es — und sei es auch nur vorübergehend — zu Außerordentlichem fähig. Und die Herren in Paris werden wohl selbst nicht glauben, daß es mit der Erhebung Ungarns geschehen sei. Man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Aber es gehört nicht viel Sehensgabe dazu, um zu verstehen, daß auch das große Volk der Deutschen zuwege bringen kann, was den fünf Millionen Magyaren gelingt. Auch das deutsche Volk wird, wenn sie es in Paris zu bunt treiben, schließlich die Fesseln zerreißen und zertreten. Und was dann kommen wird — zu allermeist in Frankreich —, das braucht nicht näher ausgesöhrt zu werden. Es wird die Ernte ihrer Saat sein.

Der neue Umsturz in Ungarn ist ein gewaltiges Warnungsschild für den Verband und es wird dort sicherlich verstanden werden. Wilson und Lloyd George werden aber auch nicht umhin können, den französischen Diktatoren ein kräftiges und nachhaltiges Strahlbad zu verabreichen.

Wir fügen nachstehend einige Meldungen des RAB an: Budapest, 22. März. Der französische General überreichte dem Präsidenten Karolyi eine Note, in der erklärt wird, die Umstände machen eine Abänderung der bisherigen östlichen Demarkationslinie (d. h. der vorläufigen Grenzlinie zwischen den Eroberungen Rumäniens und dem übrig gebliebenen ungarischen Staatsgebiet) notwendig. Diese neue Linie verschiebt abermals die Grenze zu Ungarns auf 200 Kilometer Länge um etwa 60 Kilometer nach Westen. Es würde hierdurch ein Gebiet von 2 1/2 Mill. Menschen von Ungarn losgerissen und Ungarn in der Hauptsache auf das Gebiet zwischen Donau und Theiß und dem mittleren Theißal beschränkt. Die Note besagt weiter, daß der Rückzug der ungarischen Truppen hinter die Westgrenze der neutralen Zone mit dem 23. März beginnend, innerhalb längstens 10 Tagen beendigt sein müsse, nach deren Ablauf die rumänischen Truppen ihre Linie vorrücken sollen. Das Kriegsmaterial in der neutralen Zone werde der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt. Eisenbahn- und Wirtschaft... müssen bis auf weitere Entscheidung auf dem Plage verbleiben.

Budapest, 22. März. Die ungarische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat veröffentlichten einen Aufruf an alle, in dem es u. a. heißt: Das Proletariat Ungarns nimmt mit dem heutigen Tage alle Macht in seine Hand. Auch außenpolitisch steht die ungarische Revolution vor der vollen Katastrophe. In dieser Lage sieht die ungarische Regierung als einziges Mittel die „Diktatur des Proletariats“. Der Regierungsrat erklärt seine volle Einmütigkeit mit der russischen Räteregierung, die bietet der Arbeiterschaft Russlands ein Waffenbandnis an. Er fordert die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas auf, nicht weiter den verruchten Feldzug ihrer kapitalistischen Regierungen gegen die ungarische Räterepublik zu dulden. Die Arbeiterschaft Österreichs und Deutschlands fordert er auf, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu verbinden.

Budapest, 22. März. (Ungar. Tel.-Korr.-Bureau.) Der Regierungsrat erließ ein Waffenverbot. Die Uebertretung dieser Verordnung wird mit 5 Jahren Zuchthaus und 50 000 Kronen Geldbusse bestraft. Im Lande herrscht Ruhe.

Die Hungerblockade in amtlicher Darstellung.

Berlin, 21. März. Eine amtliche Denkschrift über die Folgen der Hungerblockade ist jetzt in deutsch und französisch vom Reichsgesundheitsamt fertiggestellt worden. Ihr Titel lautet: „Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade“. Die Folgen der Unterernährung zeigen sich in der Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung:

Jahr	Zahl der Opfer der Blockade	Zahl der Opfer auf hundert der Sterbefälle d. Jahresjahrs 1913
1916	88 239	9,5
1916	121 184	14,3
1917	259 643	32,2
1918	293 730	37,0

Die vom Statistischen Reichsamt genau festgestellte Ziffer der Blockadeopfer während des Krieges heißt 762 796. Durch die Fortdauer der Blockade steigt die Zahl der Opfer fortwährend. Bei den Kindern beträgt die Zunahme für solche von 1 bis 5 Jahren 49,3 und für solche von 5 bis 15 Jahren 55,0 vom Hundert. Besonders bejammernswert ist die gravierende Wirkung der ungenügenden Ernährung auf die schwangeren Frauen. Der Ausfall an Lebendgeborenen von 1914 bis 1919 beträgt für Preußen 2 555 000, für das ganze Reich vier Millionen. Auch hier von fällt mindestens der vierte Teil der Blockade zur Last. Die Denkschrift stellt weiter fest, daß wohl am meisten der Mittelstand, die festangestellten Personen mit gleichbleibenden Einkünften gelitten haben, und daß die Schädigung mehr und mehr auch auf die Schuljugend übergrift. Rechnet man die Schädigungen des deutschen Nationalvermögens, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 54,60 Milliarden.

Neues vom Tage.

Beislagnahme ausländischer Wertpapiere. Berlin, 22. März. Die ausländischen Wertpapiere sollen in Kürze beschlagnahmt werden. Unter Berücksichtigung des gegenwärtigen ungünstigen Marktes soll den Besitzern gegeben werden, was das Reich lösen wird nach Abzug der Unkosten. Auf Wunsch soll eine Vorauszahlung geleistet werden auf Grund des Standes des gegenwärtigen Steuerlaufes, der in den nächsten Tagen bekannt gemacht werden wird. Oesterreichische, ungarische, bulgarische, türkische und russische Werte werden nicht beschlagnahmt, da sie von den Verbänderten nicht in Zahlung genommen werden.

Wie der „Völkischer“ erzählt, sind die Warenvorräte des Reichsverwertungsamts wertvoller, als bisher angenommen wurde, so daß die Aufgabe der Finanzierung der Lebensmittelverträge eine gewisse Erleichterung erfahren dürfte.

Beirat der deutschen Friedensabordnung. Berlin, 21. März. Der deutschen Friedensabordnung, die aus den Reichsministern Graf Brockdorff-Rangau, Dr. David und Wiesbeck, dem Gesandten Dr. Adolf Müller, dem Professor Dr. Schäffling und Dr. Melchior Hamburg besteht, wird ein Beirat beigegeben, der aus folgenden Herren besteht:

- 1) Herdow, Professor in Osnabrück bei Breslau
- 2) Anshold, Geh. Kommerzienrat, Berlin, Französischer Straße
- 3) Baumgarten, Professor, Berlin, Eduardstr.
- 4) Eduard, 5) Weidenberg, Geh. Rat, Völkische Werke, Höhe in Weiskalen
- 6) Bonn, Professor, München
- 7) Weich, Dr., Badische Anilin- und Sodafabrik, Mannheim
- 8) v. Brentano, Professor, München
- 9) Caro, Dr., Geh. Oberregierungsrat, Vorsitzender des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie
- 10) Drauff, Geh. Kommerzienrat, Charlottenburg
- 11) Dodel, Geh. Rat, Leipzig
- 12) Haardt, Kommerzienrat, Lemmer
- 13) Hagen, Geh. Rat, Köln
- 14) Hartmann, Verband deutscher Gewerkschaften (Nicht-Dunkler), Berlin, Kreiswälderstraße
- 15) Reineken, Generaldirektor des Nordde. Lloyd Bremen
- 16) Hergesell, Prof. Dr., Geh. Regierungsrat, Direktor des Herologischen Instituts in Lindenberg, Kreis Besenau
- 17) Hilger, Geh. Bergamt, Berlin
- 18) Juchacz, Frau, Mitglied der Nationalversammlung
- 19) Struck, Hermann, Berlin

Berlin, 22. März. Das Reichsministerium hat über die Aufgabe der Friedensabordnung eingehend beraten und es ist unter allen Anwesenden vollkommene Uebereinstimmung betreffs der für das deutsche Volk entscheidenden Grundfragen erzielt worden.

Der Gehalt des Reichspräsidenten. Berlin, 22. März. Von der Nationalversammlung wird in einem Nachtrag zum Reichshaushalt für das Jahr 1918 für den Reichspräsidenten (Eberth) ein monatlicher Beitrag von 100 000 Mark Aufwandsgehalt angefordert.

Erklärung des Prinzen Max von Baden. Baden-Baden, 22. März. Zur Veröffentlichung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg gibt Prinz Max von Baden folgende Erklärung ab: Ich nehme an, daß der Generalfeldmarschall über bestimmte Vorkänge nicht unterrichtet worden ist, welche die Bekanntmachung vom 19. November „der Kaiser und Königin“ sich entschlossen, dem Thron zu entsagen“, veranlassen und rechtfertigen. Ich werde die erforderliche Aufklärung veröffentlichten, sobald der Friede geschlossen ist, vorher nicht, denn die Verschärfung des Paragrafen über die Vergangenheit ist in unserer heutigen Lage ein Beginnen, an dem ich mich nicht zu beteiligen wünsche. Dagegen werde ich es jederzeit begrüßen, wenn die Regierung eine unparteiische Prüfung einleitet, welche die Schuld an Deutschlands Zusammenbruch untersucht und vor der alle Personen, die während des Krieges in verantwortlicher Stellung waren, zum Wort kommen.

Die Sozialisierung der Kohlenwerke. Berlin, 22. März. Die großen Verbände der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber des Handels, der Verbraucher usw. sind aufgefordert worden, ihre Vertreter für einen Sachverständigenrat für die Reichskohlewirtschaft zu wählen, worauf die Sachverständigen zu einer Beratung zusammengerufen werden, die voraussichtlich am 14. April beginnen wird.

Ausstand. Essen, 22. März. Auf den Forderungen „Präsident“ und „Karolinenglück“ befinden sich noch 3240 Mann im Ausstand. Durch den Streik auf „Karolinenglück“ ist auch der Bochumerverein in Mitleidenschaft gezogen, der von dort seinen Koks bezieht. Bereits gestern haben mehrere Betriebe des Bochumervereins feiern müssen.

Dortmund, 22. März. Die Arbeiter des Eisen- und Stahlwerks „Union“ mit Ausnahme der an den Hochöfen beschäftigten legten gestern wegen Nichterfüllung der Lohnforderungen die Arbeit nieder.



Bremen, 23. März. Die Santa Nohb-Werke, A.-G., machen bekannt, daß, nachdem ein großer Teil der Arbeiter der Bremerwerke seit einigen Tagen durch aktiven Widerstand die Arbeit verweigert, Sabotage verübt und durch Gewalttätigkeit sowohl gegenüber ihren Mitarbeitern wie gegenüber den Beamten und der Direktion ein erprießliches Arbeiten unmöglich machen, der Betrieb vom Montag den 24. März an für die Arbeiter bis auf weiteres geschlossen wird.

Die Lebensmittelschiffe

Hamburg, 22. März. In einer Versammlung der Seeleute wurde die Ausfahrt der Schiffe mit 1760 gegen 804 Stimmen beschlossen.

Hamburg, 22. März. Heute laufen 12 Dampfer nach England aus.

Bremen, 22. März. Die heutige Seemannsversammlung erklärte sich mit 222:18 Stimmen gegen die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus Bremen.

Seebüchse, 23. März. Die Norddampfer Prinz Friedrich Wilhelm und Graf Zeppelin gehen am Freitag abend in See. In den nächsten Tagen folgen weitere Schiffe.

Haag, 22. März. „Nieuw Courant“ berichtet aus Amboina, daß dort ein Amboinener Dampfschiff mit dem Namen „Amboina“ 653 eingeladene Passagiere hat. Ein holländischer Schleppdampfer sei auf das deutsche Unterseeboot 345 getroffen und habe es in den Hafen zu schleppen versucht, was aber wegen Reifens des Schlepptaugs mißlungen sei.

Der Krieg im Osten

Berlin, 22. März. An der Front gegen die Polen majoren wieder an zahlreichen Stellen feindliche Patrouillen abgewiesen werden. Die Polen beschossen Wollfisch nördlich Vissa mit Artilleriefeuer und richteten Feuerüberfälle gegen Strausberg nördlich Kolberg.

Warschau, 22. März. (Heuter.) Nach stätigem Kampfe drangen die zum Entzug der Stadt Lemberg herbeigeleiteten polnischen Truppen in Lemberg ein, schlugen die Ukrainer in die Flucht und erbeuteten zahlreiche Kriegsgefangene, Kanonen und Kriegsmaterial. (?)

Streit in Mählarjen

Basel, 22. März. Der Streit zwischen dem Mählarjen Gewerkschaftskartell und den Arbeitgeber, besonders in der Textilindustrie, hat sich so verschärft, daß der Generalstreik wahrscheinlich ist. Die Zahl der Streikenden wird auf 25000 geschätzt. Die französische Besatzung gilt als unzuverlässig.

Millerand in Straßburg

Paris, 22. März. Der frühere sozialistische Minister Millerand wurde zum Generalkommissar in Straßburg ernannt.

Der frühere Präsident der elsaß-lothringischen Kammer Dr. Adkin ist aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen. Er darf seinen Wohnort nicht in Deutschland nehmen. Das ist kein Schaden; Adkin war bis zum deutschen Zusammenbruch deutschgesinnt, wurde dann aber rasch einer der „Stoßtruppen“, die in Frankreich mit Recht verächtlich sind.

Von der Friedenskonferenz

Rotterdam, 22. März. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet aus Paris: Die internationale Arbeiterbewegung wird einen wichtigen Platz im Völkerverbund einnehmen. Der Völkerverbund wird den einzelnen Ländern nicht die Freiheit lassen, ihre Arbeitsbedingungen selbst festzusetzen.

Die belgischen Bevollmächtigten äußerten die Abordnungen der 5 Großmächte auf, Brüssel zum Hauptsitz des Völkerverbunds zu wählen.

Die Festsetzung der Grenzen Polens, wie der Ausschuß der Konferenz sie vorgeschlagen hat, würde dem polnischen Staat 25 Millionen Einwohner, darunter 3 Millionen Deutsche, zuweisen.

Zunehmende Anstimmigkeiten

London, 22. März. Die „Times“ schreiben: Was soll mit dem Saargebiet geschehen? Wenn man mit Wilson der Ansicht ist, daß die Position jedes Gebiets nur zum Nutzen der betroffenen Bevölkerung und nicht als ein Teil eines bloßen Vertrags oder eines Vergleichs durchgeführt werden müsse, dann kann man huerlich der französischen Forderung zustimmen; denn die Bewohner des Saargebiets sind ganz ohne Zweifel nicht nur ihrer Sprache und Geburt nach, sondern auch ihrer Bildung, ihrer Erziehung und ihrer ganzen Wirtschaft nach deutsch. Sogar französische Stimmen erkennen diese Tatsache an und geben zu, daß Frankreich nach dem Besitz des Saargebiets wegen seiner Steinföhlen trachtet.

London, 22. März. Nach der „Morning Post“ machen Amerika und Italien ihre Zustimmung zur Grenzfestlegung Polens gegen Deutschland von dem Einverständnis Deutschlands abhängig.

Paris, 22. März. (Heuter.) Die italienische Abordnung beschloß, von der Friedenskonferenz zurückzutreten, falls Rom Italien nicht gleichzeitig mit dem Friedensschluß zugewiesen werde.

Paris, 22. März. „Humanite“ meldet, der Oberste Rat habe die Entschädigungsforderungen Frankreichs „nicht voll befriedigt“. Frankreich werde seinen Forderungen eine neue Grundlage geben müssen.

Die Anordnung der Konferenz, die polnischen Truppen aus Frankreich in Danzig landen zu lassen, wurde auf den Widerspruch Deutschlands vorläufig zurückgezogen.

Wie verlautet, will Amerika weitere Vorschläge an die Verbündeten zur Beschaffung von Lebensmitteln verweigern.

Schleifung der Pariser Festungswerke

Paris, 22. März. (Gavas.) Die Kammer nahm die Vorlage über die Schleifung der Pariser Festungswerke an. (Es handelt sich um den inneren Befestigungsring.)

Besserung der Lage in England

London, 22. März. In der Konferenz des sogenannten Dreiecks (Gewerkschaften der Bergleute, der Eisenbahner und der Transportarbeiter) wurde beschlossen, durch einen besonderen Versuch noch einmal in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten.

London, 23. März. (Heuter.) Die englischen Blätter verschiedener Richtungen sehen die drohende Krise in der englischen Industrie als überwunden an.

Die Lage in Ägypten

London, 22. März. Heuter meldet, in Unterägypten seien aus Tripolis Beduinen (Sennisi?) eingebrochen, haben mehrere Dörfer besetzt und die türkische Pforte aufgespart. Die Lage in Ägypten sei jetzt zweifellos ernst.

Nairo, 22. März. (Heuter.) Bei dem Kampf eines Panzerautomobils mit Demonstranten wurden 13 Personen getötet und 27 verwundet. Auch in der Provinz haben Kundgebungen stattgefunden. Zum Teil mußte Militär einschreiten.

Die Engländer in Ostafrika

London, 22. März. (Heuter.) Wenn Schiffe der Flotte im Ostafrikanischen Meer, die ursprünglich gegen die Volkskrieger und Türken kämpfen sollten, zeigen sich einiger Zeit Neigung, zu den Volkskriegeren überzugehen, auf eine Drohung des englischen Generals Thomson haben sie sich nun ergeben. Die Stellung der Engländer in Ostafrika gilt als „sehr hart“.

Die militärischen Vorfriedensdinge u.

Paris, 22. März. „United Press“ erzählt, der Generalrat habe endgültig beschlossen: Die deutsche Armee soll aus höchstens 7 Divisionen Infanterie und 3 Divisionen Kavallerie, zusammen 140000 Mann, bestehen. Das Offizierskorps darf die Zahl von 4000 nicht übersteigen. In den verschiedenen Kriegsministerien dürfen nicht mehr als 200 Offiziere und ein Fünftel der Zivilbeamten vom Jahre 1913 beschäftigt werden. Die Kriegsschule des Generalstabs und ähnliche Einrichtungen werden abgeschafft. Es wird nur eine Militärschule zur Vorbereitung von Offizieren aller Dienstzweige gehalten. Veteranenvereine, Turnvereine und andere Organisationen, in denen militärische Übungen abgehalten werden sind verboten. Alle Festungen innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein werden geschleift. Die Kavallerie verfügt über 18000 Reiter, 36 schwere Maschinengewehre und 36 Feldgeschütze. Schwere Artillerie ist verboten. Die Munitionsdepots werden auf äußerst beschränkt. Die Marine darf aus 6 Schlachtschiffen zu höchstens je 10000 Tonnen, 6 leichten Kreuzern zu 600 T., 12 Zerstörer zu 800 T. und 12 Torpedoboote zu 200 Tonnen bestehen. Schlachtschiffe oder Kreuzer dürfen erst dann ersetzt werden, wenn sie 20 Jahre alt sind, Torpedoboote bei 15jährigem Alter. Das Personal der Marine wird auf 15000 Mann mit Einschluß von 1500 Offizieren beschränkt. Alle Unterseeboote müssen abgeliefert werden, der Bau von neuen ist verboten. Die Befestigungen der Zugänge zur Ostsee werden geschleift. Militärische und Marineflugzeuge sind nicht gestattet außer 100 Wasserflugzeugen bis zum 1. Oktober zur Aufführung von Seeminen.

Budapest, 23. März. Die Leiter und Angestellten aller Kempter, Betriebe und Schulen von Budapest wurden angefordert, bis auf weiteres auf ihren Plätzen zu verbleiben. Alle Banken von Budapest sind militärisch besetzt worden.

Lenin sandte an die neue Regierung und besonders an den Genossen Bela Kuhn Glückwünsche. Zwischen Moskau und Budapest soll eine drahtlose Verbindung eingerichtet werden.

Madrid, 23. März. Die Briefträger sind in den Ausstand getreten. Wer nicht binnen 48 Stunden wieder den Dienst aufnimmt, gilt als entlassen. Militär sorgt für die Austragung der Post.

Die Grundrechte des deutschen Volkes

erachtet der Abg. Raumann in einem, zunächst als Privatarbeit bezeichneten Vorschlag der Gestaltung der Art. 28-40 der neuen Verfassung des Deutschen Reiches vollstehend darzustellen. Wir möchten daraus folgende, besonders markante Sätze hervorheben:

Art. 28: Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich. Jeder Deutsche ist ein Wertgegenstand der Nation, solange er seines Volkes würdig bleibt. Alte, Schwache, Kranke und Verwundete sind im Falle des Unvermögens Pflegepflicht der Gemeinschaft.

Art. 29: Die Staatsgewalt liegt beim Volke. Mehrheit entscheidet. Das Wahlrecht ist in Reich, Land und Gemeinde allgemein, gleich, unmittelbar und geheim.

Art. 30: Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Deutschen Vaterland. Gleiches Recht für Alle. Die persönliche Freiheit ist unverleßlich. Ueberall in Deutschland besteht Gedankenfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Bahnfreiheit.

Art. 31: In dem Deutschen Reich besteht Gewissens-, Glaubens-, Kirchen- und Freidenkerfreiheit. Freie Kirche in freier Staats-, Religionsunterricht wird in öffentlichen Schulen angeboten aber nicht angeschlossen.

Art. 32: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Für den Unterricht in öffentlichen Volksschulen besteht in den ersten Schuljahren allgemeiner Zwang.

Art. 33: Die Arbeitskraft gilt als das oberste menschliche Gut. Die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit ist dauernde Staatsaufgabe. Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen. Privateigentum ist berechtigt als gesammelter Arbeitsvertrag für die Nachkommen. Volkswirtschaft steht über Privatwirtschaft.

Art. 34: Der Grund und Boden ist National-eigentum unter privater Benutzung. Wer den Acker bebaut, muß selbst davon Gewinn haben. Vergütungen sind Volkswerte. Die Bildung von Heimstätten wird erleichtert.

Art. 35: Zum demokratischen Industrieamt gehört Industrie- und Arbeiterparlamentarismus. Arbeiter-, Arbeiter- und Angestelltenvereine, Gewerkschaften, Syndi-

late, Unternehmerverbände, Arbeitskammern und Industrie-Friedensvereine sind anerkannte Körperschaften. Industrielle Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht ist die Grundform der großgewerblichen Wirtschaft. Verstaatlichung ist eine Notwendigkeit.

Art. 36: Verkehrsmittel dienen dem ganzen Volke. Weltverkehr ist Lebensluft. Das Deutsche Reich bildet ein einziges Marktgebiet.

Art. 37: Schulden zu bezahlen ist öffentliche und private Pflicht. Wenn der Staat Steuern erheben will, muß er Erwerbende befragen. Gebühft ist berechnigt, aber steuerpflichtig.

Art. 38: Die Bervollkommnung des Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechtes ist deutsches Reichsideal. Deutschland muß trotz seiner Armut sozialpolitisch ein Vorbild der Welt bleiben und werden. Beamte dienen nicht der herrschenden Partei, sondern dem Staat. Lebenslänglicher Anstellung entspricht lebenslängliche Pflicht-treue.

Art. 39: Fremdsprachlichen Volksteilen darf völkische Entwicklung und Gebrauch der Muttersprache nicht beeinträchtigt werden. Jedes deutsche Gebiet, das sich uns anschließen will, ist willkommen. Das deutsche Volk ist und bleibt eine Einheit.

Art. 40: Kriegserklärung und Friedensschluß sind Volksache. Geheimpolitik gibt es nicht mehr. Wir achten alle Völker, die uns achten.

Der Raumannsche Vorschlag ist zunächst nicht als Antrag aufzulassen, sondern wurde zur Kritik und Mitarbeit ausgegeben; Vorschläge zu Verbesserungen wolle schriftlich an den Verfasser, von dem der genaue Wortlaut der Gesamtarbeit zu erhalten ist, eingelandt werden (D.B.C.)

Eine neue demokratische Halbmonatschrift

Die Deutsche demokratische Partei ist mit ihrer ersten Nummer der „Demokratischen Blätter“ vor die Öffentlichkeit getreten. Um den reichen Stoff, der für die erste Nummer sich angehäuft hatte, mitzubringen, erschein diese Einführungsnummer als Doppelausgabe und es wird gesagt werden dürfen, daß in derselben in der Tat so viel politisches Material zusammengetragen wurde, daß jeder, der sich für die heutige Entwicklung der Dinge kümmert, in dem Blatte etwas finden kann, das ihn interessiert. Besonders erwähnen möchten wir einen Artikel von Johs. Fißler „Nicht verdammten, sondern helfen“ und eine Arbeit des Abg. Schrey-Lübdingen, die neue Wege für die künftige Gemeindeverwaltung weist.

D.B.C. Die Entscheidung über das Sozialistengesetz

Ueber die Parteiverhältnisse, unter denen in der Nationalversammlung in Weimar das Sozialistengesetz angenommen wurde, sind vielfach irrige Ansichten verbreitet. Gegenüber solchen Darstellungen sei hervorgehoben, daß für das Gesetz nicht nur die Linken der Nationalversammlung, sondern auch ein großer Teil der Deutschnationalen Volkspartei gestimmt hat, während die Deutsche Volkspartei und ein anderer Teil der Deutschnationalen Volkspartei zusammen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten gegen das Gesetz im engeren Sinne gestimmt hat. Mit der Linken hat also ein großer Teil der Deutschnationalen Volkspartei, was in der Öffentlichkeit bisher gar nicht hervorgehoben worden ist, dem Gesetz die Zustimmung gegeben. Die einzige Partei, die neben den Unabhängigen Sozialdemokraten geschlossen gegen das Sozialistengesetz in der ihm vom Ausschuss gegebenen Form gestimmt hat, ist die Deutsche Volkspartei.

Die Dampfabfahrt eines Zeppelins

Ueber die bereits gemeldete Fahrt des deutschen Luftschiffs L. 39 nach Ostafrika tritt das Reichsmarineamt folgendes mit: Unter Führung des Kapitäns von Borkow (Bulgarien) am 21. November morgens in Istanbul bei Burgas (Bulgarien) mit einer Besatzung von 22 Köpfen auf. Die Fahrt ging über Adria, Ionien und Sydrina, das bei Dunkelheit passiert wurde, nach der Ostsee. Die Insel wurde gegen 10 Uhr abends erreicht. Am 22. November 3 Uhr morgens überfuhr das Schiff die albanische Küste östlich von Solun und nahm Kurs auf die Ostsee. Dabei herrschten in 1000 Meter Höhe bewölkte Verhältnisse, daß bei mehreren Stellen Seebrandfährgefahren auftraten. Es wurde dann bis 9:30 Uhr abends der Hül angeordnet. Die Navigation durch die Wüste erfolgte bei Tag und Nacht nach den Gestirnen, ebenso wie bei Schiffsahrt auf hoher See. Nachmittags war infolge Bruchs eines Wasserelements der vordere Motor vollkommen ausgefallen. Der Schaden wurde jedoch mit den Hilfsmitteln des Luftschiffes wieder beseitigt. Mit Erreichen des Mittel Meeres bei Harker werdendem Ansturm, suchten Nordostwind und dunsiger, schwüler Luft die Augen- und Ohrentemperatur schnell bis auf 25 Grad Celsius. In dieser Zeit ist — wohl infolge der Höhe über dem Mittel — das in 500 Meter Höhe laufende Schiff plötzlich stark durch und konnte nur durch Abwurf von Wasser und Transportmaterial zum Stehen gebracht werden, so daß noch eben die Gefahr eines Abstehens auf eine Bergspitze vermieden wurde.

Etwa in diesem Augenblicke erreichte das Schiff der Befehl zur Rückkehr, die es um 2:30 Uhr nachmittags am 22. November antrat. Wie schwer das Kommando der Ausführung dieses Befehls gewesen sein, nachdem der Anfang der Fahrt so glatt verliefen war, daß er die letzte Zuversicht hatte, seine Aufgabe in vier Tagen ohne Störung lösen zu können. Benzin- und Wasservorräte waren noch reichlich vorhanden. Das Personal hätte trotz großer Anstrengungen ohne Bedenken noch zwei Tage weiter durchhalten können. Die Versorgung bestand aus Nahrungsmitteln, Dauerbrot und Dauerwurst mit Fischöl und Butter. Als Schlafgelegenheit dienten Netze an den Seiten. Eine wirkliche Ruhe war indes nicht möglich, da die Spandrühte und die klappernde Außenhülle dauernd hörten. Nach vierstündiger Wache in der Wüste bestiet die Leute, die Seiten- und Höhensteuer bedienten, ein starkes Nimmern der Augen und Kopfschmerz. Es wurde Wache gegangen, wie auf den Kriegsschiffen, vier um vier Stunden.

Auf der Rückfahrt, bei der am 24. um 3 Uhr nachmittags die albanische Küste bei Solun überschritten wurde, herrschte in dem Luftschiff eine dauernde Treibhausstemperatur von + 28 Grad Celsius, die in der Nacht — 10 Grad Celsius fiel, so daß viele Leute bei der Landung stark erkältet waren und Fiebererkrankungen hatten. Während der Fahrt und noch am Tage der Rückkehr war die Stimmung der Besatzung sehr gehoben. Am Tage darauf trat jedoch ein Rückschlag ein, als Folge der langen Nervenanstrengung während der Fahrt und der Enttöschung, unmittelbar vor Erfüllung der Aufgabe und nach Ueberhebung der Hauptschwächen, unverrichteter Dinge umkehren zu müssen. Der Rückschlag über Kleinasiens brachte noch heftige Kämpfe mit bösen Vergewittern, bis am 25. November um 7:30 Uhr morgens die Landung in Samsul erfolgen konnte.

L. 39 hatte im ganzen 6755 Kilometer, d. h. mehr als die bis zum westlichsten Landende in Ostafrika in Reich-



nung gestellte Strecke in 35 Stunden zurückgelegt und beruhte bei der Landung noch über einen Vorrat für 24 Tage. Alle Wahrscheinlichkeit nach wäre es, wenn nicht außerordentliche Ereignisse die Rückberührung veranlaßt hätten, nach vier Fahrtagen in der Kolonie angelangt. Würde das Ziel auch nicht erreicht, so legte die Fahrt doch erneut Zeugnis ab von dem Wagemut und der Tüchtigkeit unserer Luftschiffbesatzungen und den glänzenden, bisher von keinem anderen Volk erreichten Leistungen unserer Luftschiffe.

Das moderne Berlin. Die tschechische Zeitung „Venkov“ schreibt: Berlin entwickelte sich nach dem Siege über Frankreich 1870 zur Großstadt des merkantilen Bürgerturns zum Mittelpunkt des industriellen Unternehmertums, zum Sitz des wirtschaftlichen und moralischen Materialismus. Die Gründer und Einwohner dieser aus dem Boden gestampften Weltstadt jagten mit fieberhafter Eile nach Glanz, Genuß und Pracht und wollten mit alledem den Mangel an echter Kultur verdecken. Als richtige Halbgebildete ahnten sie dramatisch Paris nach, dessen politische und wirtschaftliche Niederlage 1870 sie sich zunutze machten, wollten leicht, elegant und reichlich sein. Aber niemals ließ sich doch verhehlen, daß sie nur ein Surrogat bieten konnten, das für einen Augenblick hingenommen wird, bald aber unersetzlich wirkt. Unter der weisenden Pariser Schminke kam bei der ganzen Generation immer wieder etwas Komisches zum Vorschein: die eingeborenen Berliner Natur mit ihrem platten, närrischen Nationalstolze, ihrer ebenso selbstgefälligen wie unfruchtbaren Ueberhebung, ihrem ehrfurchtslosen, trivialen Witz, der unfähig ist, sich vor irgend einer kulturellen Größe demütig zu neigen. Dieses Berlinerium schaut eine der größten und zugleich schädlichsten Großstädte auf der Welt. Heute erlitt das imperialistische Berlin sein vernichtendes Niederlage.

Der Rotenkegel. In jedem Jahre werden in Indien Tausende durch die Pest hinweggerafft, und immer wenn die Krankheit zunimmt und ganze Bezirke verwüstet, wird sie dem vermehrten Auftreten von Ratten zugeschrieben: durch Fäße wird die Krankheit von den Ratten auf den Menschen übertragen. Seit einigen Jahren haben daher die indischen Behörden von Bombay, einer der am schwersten heimgesuchten Städte, einen erbitterten Krieg gegen die Ratten geführt, der allmählich gute Erfolge zeitigt. Die Stadt ist in verschiedene Bezirke eingeteilt und für jeden wird eine Abteilung Rattenjäger angestellt. Man bekämpft die Ratten auf zwei Arten: durch Gift und mit Fallen. Abends werden etwa 5000 mit Gift bestreute und dann mit Zucker bestreute Brotkrumen in der ganzen Stadt ausgelegt, wobei jede Stelle genau vermerkt wird. Zur selben Zeit geht ein anderes kleines Heer von Rattenjägern mit 3000 Fallen umher und setzt sie an Orten aus, an denen man die Ratten am meisten beobachtet hat. Am folgenden Morgen werden die Fallen, die nicht verzehrten Brotkrumen und die toten Ratten sorgfältig eingesammelt. An jedem toten Tier wird eine Karte mit genauen Bemerkungen über die Vorkommnisse, an der es gefunden wurde, angeheftet. Die Ratten in den allen werden verbrannt, die verbleibenden jedoch werden untersucht, ob sich Bestandteile bei ihnen finden. Sobald ein verachtetes Tier gefunden ist, werden die größten Anstrengungen gemacht, alle Ratten zu vernichten, die in demselben Bezirk leben, und auch die Einwohnerzahl wird genau auf verdächtige Anzeichen untersucht, damit sofort die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden können.

D.P.C. „Eine schräge Komödie.“ Im „Vorwärts“ wird die Politik der Unabhängigen Sozialdemokraten in den letzten vier Monaten als eine schräge Komödie gekennzeichnet; in drei Ministerien haben sie sich darauf bedingt, die Arbeit über sozialdemokratischen Kollegen zu führen und zu durchkreuzen. Der „Vorwärts“ schreibt wörtlich: „Vorbereitung auf diese Opposition eingeleitet, jagte ihnen wohl der Seffel, aber nicht die Arbeit zu; sie schieden aus und wurden wieder grunostig. Etwas so, wie Richard Müller, der mit seiner Partei den Weg zur Nationalversammlung sperren wollte und drei Wochen später die Sporthäfen zur Verfügung an den Wahlen zu antizipieren versuchte. Oder umgekehrt Haase, der sich im Sirkus Busch für die Demokratie und auf dem Parteitag für das Stimmrecht erklärte.“ Der unabhängige Sozialdemokrat Strobel schreibt in der „Weltbühne“, von seiner Partei, der Partei der Unabhängigen habe bewiesen, daß die übergroße Mehrheit in dieser Partei dem Sozialismus bereits erliegen ist.

Die Wahlbewegung und die bürgerliche Frau beteiligt ist die zweite Folge der von der Deutschen demokratischen Partei Württembergs herausgegebenen Flugblätter. Die Verfasserin Fel. Emma Schill-Stuttgart, schildert darin die Kämpfe die die Frauen, besonders die bürgerlichen Frauen, durchzukämpfen mußten, um zu einer politischen Entscheidung zu gelangen. Stellung der Frau zu der Forderung der Trennung von Kirche und Staat wird besonders eingehend gewürdigt, wie überhaupt die Mitarbeit der Frau am bürgerlichen Staat gemeinverstandlich gesprochen wird. Das Heftchen kann von Jedermann von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei Stuttgart Kleine Königsstr. 7 gegen Einsendung von 25 Pfg. portofrei bezogen oder bei unserer Expedition zu 20 Pfg. abgeholt werden.

Ein Deutscher

Von Otto Rappin.

„Nun aber, liebster Freund, kommt die Hauptsache.“ hieß es in Johns Brief weiter.
„Ich war mit Parriet schon, ehe wir Newyork verließen, in Ordnung gekommen; als ich aber heute die Erwählung unserer neuen Abreise denkte, um sie zu näheren Festlegungen über unsere Vereinigung zu bestimmen, erklärte sie mir, daß sie nicht eher an eine Hochzeit denken werde, ehe nicht ihr Verhältnis mit Margaret zur vollen Reife geblieben und Ihre Vereinigung bestimmt sei: beide Hochzeiten müßten zusammen gefeiert werden.“

Jetzt, lieber Freund und künftiger Bruder, frage ich Sie um Gotteswillen, wie steht es? Sie sehen, daß mir plötzlich Hände und Füße gebunden sind — werden Sie mir umgehend den Stand der Dinge, und was Sie durch einen raschen Entschluß vorher noch zu ordnen vermögen, das tun Sie — wenn nicht Ihret, so doch um meinertwillen.
Ihr John Froh.“

Reichardt hatte die letzten Sätze der Aufschrift drei mal durchgelesen; endlich legte er sie bei Seite, fräste den Kopf in beide Hände, und er: „Schauer, aus Seligkeit und Wangen gerötet, überlief ihn. Hörsich aber, wie zu einem Entschlusse gelangt, erhob er sich und blühte nach der Uhr. Es war noch über eine Stunde bis zur Mittagzeit im Frohschen Hause. Verhulst ein er das erste Blatt des Briefes herab, fastete den Rest zusammen und dann rasch nach seinem Gute gehend versich er das Büro, in dem vordern Zimmer hinterlassend, daß er in einer Stunde wieder zurück sein werde.“

Er hatte den Weg nach seiner jetztigen zweiten Heimat eingeschlagen und traf Margaret am zweiten. Mit einer leichten Verwunderung in ihren Zügen erhob sich das Mädchen, als sie den Eintretenden erkannte, die sich noch zu erhöhen schienen, als Reichardt herantrat und

— **Briefe nach Ode** —. Briefe an die württ. Gruppen in Odeffa, Großliebental und Nikolajew können bis spätestens 24. ds. Mts. 10 Uhr vorm. im Geschäftszimmer der 7. Landwirtschafts-Division Stuttgart eingeht. 45, abgegeben werden. Da der Kurier nur eine sehr beschränkte Menge Post mitnehmen kann, wird gebeten, dieses Mal nur in möglichst geringem Umfang von der Beförderungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Unter sich befreundete Familien werden erjucht, ihren Angehörigen in Einzelbriefen, sondern nur von einer Seite aus Nachricht zukommen zu lassen.

— **Lehrerverammlung.** Der Deutsche Lehrverein veranstaltet nach dreijähriger Unterbrechung am 14. und 15. April ds. Js. in Berlin eine Vertreterversammlung.

— **Erhöhung des Kohlenpreises.** Infolge der gesteigerten Selbstkosten durch Lohnerhöhung, verringerte Arbeitszeit und Arbeitsleistung hat der Verein der Beförderer in Essen beschloffen, für den Monat April die Preise für Kohlen um 20 Mark, Koks um 30 Mark und Breifetts um 20.50 Mark, die Tonne einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer zu erhöhen. Der Preis für Anthrazit wird um 22 Mark, der für Breifkohlen I—III um 36 Mark erhöht.

— **Die Getreideenteimung.** Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt halbamtlich: Infolge des Verschließens der Einfuhr aus den feinerzeit von uns besetzten Ländern ist die Getreideentwertung größer als zuvor. Es ist daher von der Reichsregierung erneut bestimmt worden, alle inländischen Rohprodukte, wie Mehl usw., aus denen Zeit bzw. Del gewonnen werden kann, restlos zu erfassen. Demzufolge wurden sämtliche Behörden, Kommunalverbände und andere Organisationen angewiesen, für strenge Durchführung der Getreideenteimung zu sorgen.

— **Strohjacke und Koppolster.** Die Reichsbekleidungsstelle hat sich bereit erklärt, Strohjacke und Koppolster, sofern diese zur Ausstattung von Unterkunftsstätten für die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter benötigt werden, zu stellen. Entsprechende Anforderungen sind bei der Reichsbekleidungsstelle Abteilung V, Berlin W., Rinderbergerplatz 1, einzureichen.

Sitzung der Gemeindegemeinde vom 21. März 1919

Das von der Stadtgemeinde fr. Zeit um 56000 Mark erkaufte Gasthaus zum Roten Klee (früher Adler) wird an den Wegger und Koch Paul Kohler von Springen um 60000 Mark weiter veräußert. Die später zu einer Erweiterung der Bergbahn erforderlichen, rechts derselben gelegenen Teile des Anwesens bleiben im Eigentum der Stadt, ebenso kommen alle Uebergangsrechte des Besitzers des Gasthauses zum Roten Klee in Wessau. Da jedoch die Stadtgemeinde alle ihre Forderungen erreicht hat, die sie fr. Zl. zum Ankauf des Anwesens veranlaßten und zwar ohne jeglichen Aufwand, steht den Verkauf des Anwesens nichts mehr im Wege, der von den Gemeindefreigelegten einstimmig genehmigt wurde.

Der Mangel an Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung hat sich hier nach den erfolgten Erhebungen größer erwiesen. Als anfänglich angenommen wurde, daß die Umgestaltung 1. April und 1. Juli ds. Js. jeßen hier für 14 Familien geeignete Wohnungen, w. zu noch einige neuverbaute Paare kommen können. Die Gemeindefreigelegten treten deshalb heute wiederholt in eine Beratung darüber ein, wie dem Wohnungsangel am raschesten abgeholfen werden kann. Der Stadterstand teilt mit, daß eine nochmalige Veräußerung des Zigarrenfabrikgebäudes und Verhandlungen mit dem Pächter desselben, Buchhändler Bantler, die Möglichkeit ergeben haben, im Dachboden dieses Gebäudes mit nicht zu hohen Kosten und kurzer Bauzeit 3 Wohnungen von je 3 Zimmern und 1 Küche einzubauen, ohne daß der Betrieb des Bades beeinträchtigt und der ihm abgeschlossene Pachtvertrag unschädlich würde. Außerdem könne das früher als Armenhaus dienende Wohngebäude

das bewegte Auge, ohne sogleich das erste Wort finden zu können, auf sie geachtet hielt.

„Ich habe soeben einen Brief von John wegen seines Verhältnisses zu Parriet erhalten, der mich veranlaßt, Sie einige Minuten allein zu sehen. Mich Margaret,“ begann er endlich, „und ohne Sie mit dem übrigen Inhalte zu belästigen, bitte ich Sie nur, diese beiden Sätze sätze aufmerksam zu lesen.“

Er reichte ihr mit leiser bebender Hand den Brief, mit dem Finger die genannte Stelle bezeichnend. Sie wartete noch einen kurzen, fast forschenden Blick in sein Gesicht und neigte dann den Kopf nach der Schrift — Reichardt hielt sie fest im Auge. Er sah ein tiefes Rot in ihre Wangen, die sich von hier aus über Stirn und Hals verbreitend; sie wandte sich, die Hand mit dem Briefe sinken lassend, rasch ab und schritt nach dem Fenster. Einen Augenblick nur stand Reichardt unschlüssig, im nächsten wachte er, daß jetzt der Augenblick da sei, sich volle Klarheit zu schaffen, und küßte im inneren Trange schritt er ihr nach.

„Margaret, Sie wenden sich von mir?“ fragte er, an ihre Seite tretend, und die volle Tiefe seiner Empfindung zitterte in seiner Stimme, „bin ich ein Tor gewesen, daß ich einer Hoffnung Raum gab und nicht stoh, als ich noch die Kraft dazu hatte?“

Sie blieb wortlos in ihrer Stellung.
„Margaret,“ begann er dringender, „sehen Sie mich an und reden Sie ein Wort zu mir, ich kann nicht von Ihnen gehen, ohne daß alles, was ich bis jetzt mein Glück genannt, über mir zusammenbricht; sagen Sie mir, bin ich Ihnen nichts — nichts als der gewöhnliche Gesellschaftler gewesen? — Margaret!“ und aller Traug seines Lebens, die ganze Weisheit seines Gefühls lag in dem Tone dieses letzten Wortes.

Da hob sie langsam den Kopf; noch glühte ihr Gesicht, und um den frischen Mund bebte es wie ein Widerspiegeln ihrer erregten Seele, aber aus ihrem tiefen, feuchtglänzenden Auge blickte dem Parretenden eine

A 151 c, und das an die Diakonissenstation vermiethete Nr. 162 für Arbeiterwohnzwecke eingerichtet werden. Ferner ist die Erstellung eines Arbeiterwohngebäudes mit 12 Wohnungen auf dem der Stadtgemeinde gehörigem Grundstück im Rembachtal zu beschleunigen, zu welchem vom Stadtbauamt zur Zeit die Pläne und Vorschläge gefertigt werden. Die Gemeindefreigelegten stimmen diesen Vorschlägen des Vorsitzenden ein. Das Stadtbauamt wird mit schleuniger Durchführung der erforderlichen Bauarbeiten beauftragt. Bezüglich des früher als Armenhaus dienenden Gebäudes Nr. 151 c wird bestimmt, daß es seinem bisherigen Zweck und der Verwaltung der Armenpflege entzogen und zu Arbeiterwohnungen eingerichtet werden soll. Das Haus kommt in die Verwaltung der Stadtpflege und wird nach seiner Herrichtung von dieser an Arbeiterfamilien vermiethet werden. Eine Kommission, bestehend aus dem Gemeinderat Eitel und Arbeiterratsmitglied Schläter wird außerdem beauftragt, die für Arbeiterwohnzwecke geeigneten, noch freistehenden Wohnungen und Räume in hiesiger Stadt im Laufe der nächsten Woche festzustellen. Der Volkshilfe für Württ. Kriegsgefangene wird ein Beitrag von 200 Mark, aus der Stadtkasse bewilligt. Als weitere Hebamme für Sprollenhaus und Nonnenmühl wird Mira Gänthner, Schreiners Ehefrau bestimmt. Ueber die Dauer des Ausbildungskurses dessen Kosten die Stadtkasse zu tragen, wird ihr ein Fappell von 3 Mark ausgesetzt. Im Zwangsenteignungsverfahren gegen die Erben des Sanitätsrats Deponte und den Gastwirt Trauz zum Zwecke der Erbauung der Bahnerstraße wird das Oberamt um Aufstellung der Sachverständigen zur Abschätzung erjucht, da eine Einigung mit den Benannten nicht zu erzielen ist. Das Zinstergeld der Lehrer der ev. Volksschule wird von 10 Mark auf 20 Mark jährlich erhöht. Als örtlicher Milchaufsicht gemäß Verf. des Oberamts vom 1. März 1919 werden bestellt: Gemeinderat Eitel und das Bürgerausschussmitglied Buchbinder Rath, als Vertrauensmann des Kommunalverbands wird der Arbeiterratsmitglied Schläter vorgeschlagen. Es werden noch verschied. Verwaltungsgeschäfte erledigt.

Fahrplanänderung. Von heute ab verkehrt ein Zug Pforzheim ab 4.20 Pforzheim an 4.28 4. Klasse. Der Arbeiterzug verkehrt Pforzheim ab 5.00 Wildbad an 5.59 nach.

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 22. März. Da am 1. April 1919 die neue Biersteuer in Kraft tritt, so ist für Bier, das sich am 1. April ds. Js. im Besitz oder Gewahrsam von Wirten oder Bierhändlern befindet, eine Nachsteuer zu entrichten. Diese beträgt für Einjahres 3.85 Mark, für Vollbier 7.70 Mark, und für Starbier 11.55 Mark, das Hektoliter. Vorräte von nicht mehr als 2 Hektoliter sind von der Nachsteuer befreit.

(-) **Mannheim,** 22. März. Bei den Angriffen auf die Mannheimer Gefängnisse am 22. Febr. ds. Js. sind nicht nur Kleider und Erparnisse der Aufseher gestohlen, sondern auch die Gefangenen ihrer Zivilkleider und ihrer Erparnisse beraubt worden. Eine große Anzahl Gefangener hat deswegen nunmehr Schadenersatzanspruch gegen den Staat erhoben. Der Pöbel hat damals die Gefangenen, die er angeblich befreien wollte, in ihren Sträflingskleidern auf die Straße gejagt. Viele dieser Gefangenen, welche in den nächsten Tagen sich wieder stellten oder wieder eingekerkert wurden, haben schweren gesundheitlichen Schaden durch ihre „Befreiung“ und den Aufenthalt in der leichtesten Zivilkleidung auf den Straßen während des kalten Wetters erlitten und liegen nun zum Teil lebensgefährlich erkrankt darnieder. Einer der Gefangenen ist einer Lungenerkrankung erlegen.

(-) **Pforzheim,** 22. März. Mit Rücksicht auf die Ansteckungsgefahr beim Genuß des hl. Abendmahls hat das hiesige Pfarrkollegium beschloffen, bei den Konfirmationsfeiern den Einzelschäl einzuführen. Die Kirchenbehörde hat ihre Genehmigung erteilt.

(-) **Radolfzell,** 22. März. An der Schiefer'schen

ganze Welt von Liebe entgegen und ließ es wie einen unwillkürlichen Hauch über ihn kommen. Er hatte sie umschlungen und wachte kaum, wie es gewöhnlich, er bedeckte sie, die widerstandslos in seinen Armen hing, mit Küßchen und fand sich erst wieder, als sie, eng an ihn geschniegt, das Gesicht an seiner Brust gedogen hatte. Bald aber, wie sich zusammenfassend, erhob sie den Kopf und sah sie beide Hände. „Gehen Sie jetzt,“ jagte sie fast ängstlich, „gehen Sie, Vater kann jeden Augenblick hier sein!“

„D, er soll bald alles wissen — ich fürchte ja die bösen Geister nicht mehr,“ rief Reichardt in überquellendem Glück, „aber,“ setzte er plötzlich in deutscher Sprache hin, „sag mir ein mal, „Maz“ zu mir, Margaret, und ich gehe!“

Ein Lächeln voll tiefer Seele breitete sich über ihr Gesicht. „Geh jetzt, Maz!“ erwiderte sie deutsch und aufs neue von einem dunklen Rot überglommen, barg sie den Kopf an seiner Schulter.

Der Rückweg nach dem Büro machte Reichardt fast mechanisch. Sich gewaltig am die eben durchlebte Szene losreisend, hatte er alle seine Gedanken auf den nächsten, schwersten Schritt gerichtet, der sich als unmittelbar folgend aus dem jetzt vollbrachten entwickelte. Es wäre ihm unmöglich gewesen, zum Mittagstisch zu bleiben und dem alten Froh ruhig in die Augen zu treten; eine Frage über sein Ausbleiben konnte nicht fehlen, und ehe er sich mit einer Lüge holf, war es besser, daß er einmal geänderte machte, sofort zu tun. Er wollte an Margarets Vater schreiben, ehe dieser wieder mit ihm zusammentraf. Trotz dieses Entschlusses hatte er, der Büro angefangen, dennoch ein starkes Gefühl von Jagen zu überwinden, ehe er nach der Feder griff, um die letzte Entscheidung seines Schicksals herbeizuführen, und eine geraume Zeit wachte es, ehe er die vordere Anhangstür gefunden und seine Sätze in zwei Minuten.

Trifolagenfabrik sind Lohnhöhen erstanden, die zu der Schließung des gesamten Betriebs geführt haben.

(-) **Vörrath**, 22. März. Laut „Oberländer Bote“ wurde für Vörrath eine Ordnungswehr ins Leben gerufen.

(-) **Schopfheim**, 22. März. In die alte evangelische Kirche wurde in einer der letzten Nächte ein Einbruch verübt und dabei Militärgut, hauptsächlich Lederzeug, im Werte von 1200 Mk. entwendet. Das Lager wurde zwar verwahrt, aber der Posten war schwerhörig. Die Täter sind verhaftet.

(-) **Durlach**, 22. März. Heute fand die Wiedereröffnung des seit Anfang Dezember v. Js. ausgefallenen Schweinemarktes statt. Die Futur von Milchschweinen und Ferkel war verhältnismäßig schwach. Die Preise waren enorm hoch, dennoch war der Markt bald ausverkauft.

Vermischtes.

Explosion. Im Bahnhof von G. i. n. d. e. bei Trier (Belgien) fand eine Explosion statt. Wie verlautet, befanden sich dort 150 Wagen Munition. Bis Trier sind die Fenster Scheiben zertrümmert.

Räuber im Spielklub. Die Uebervälle auf Berliner Spielklubs nehmen immer mehr überhand. So drangen in einen Spielklub der Potsdamerstraße 10 Soldaten mit Stahlhelmen, Handgranaten und Revolvern ein und eigneten sich aus den Briefkästen und von den Spielstischen das vorhandene Bargeld an. Einem Holländer, der als Gast eingeführt worden war, wurden 18 000 Mark, den anderen Gästen etwa 25 000 Mark abgenommen.

Brand. Ein Großfeuer zerstörte auf den Rheinischen Stahlwerken Duisburg-Wertheim das Warenmagazin. Der Schaden soll eine Million Mark betragen.

Die Hartpapierwarenfabrik Hohenmark in Oberursel b. Frankfurt a. M. wurde gestern abend durch ein Großfeuer größtenteils eingeebnet, wobei den Flammen sämtliche Maschinen und bedeutende Warenvorräte zum Opfer fielen. Der Sach- und Erbschaden wird auf 600 000 Mk. geschätzt.

Neue Kaffeebohnen. In der Deringhauser Gegend (Lippe-Deutmoß) haben Bodenerkundungen festgestellt, die auf das Vorhandensein erheblicher Kaffeebohnen lagern lassen. Es sollen nun Bohrungen zur Erschließung des Kaffees erfolgen.

Verurteilung. In Rheinisch-Westfälischer im besetzten badischen Gebiet zeigte ein Mann einen früheren Soldaten an, daß er aus Nordfrankreich Sachen nach Haus geschickt habe. Die Franzosen blickten eine Hausdurchsuchung an und fanden einige Kleinigkeiten. Daraus ergibt der Bedauernswerte 20 Jahre Zuchthaus.

Kaffeevorräte im Ueberfluß. Brasilien weiß nicht, wohin es mit seinen Kaffeevorräten soll. Der Weltverbrauch des Kaffees hat während des Krieges erheblich abgenommen. 1914/15 betrug er noch 21,6 Millionen Sack, 1918 nur noch 14 Millionen. Brasilien hat nun i. J. 1918 allein 18 Millionen Sack geerntet, Mittelamerika 1 1/2 Millionen und andere Länder noch 1 1/2 Millionen. Es stehen nunmehr 23 Millionen Sack zur Verfügung. Dazu kommt, daß der Kaffeeanbau in Brasilien andauernd zunimmt.

Etwas vom Homöopathen. Eine originelle Bekanntmachung erläßt der Oberobmann beim Generalkommando Würzburg. Sie lautet folgendermaßen: „Bauern und Bäuerinnen! Verleitet euch nicht durch die Propaganda der Homöopathen, die Euch versprechen, Euch zu heilen, wenn Ihr ihnen ein wenig Geld gebt. Die Homöopathen sind keine Ärzte, sondern nur Heiler. Es ist ausgeschlossen, daß jemand mit dem auskommt, was der Kommandooberst hergeben kann. Geht zu Euren Verwandten und Bekannten aufs Land und Holt Euch noch ein wenig von Eurer Butter, einige Eier und etwas Mehl. Wenn's alle ist, könnt Ihr wieder hinausgehen. Besser noch, Ihr laßt's Euch mit der Post schicken. Laßt es Euch nicht abnehmen, um weinigen mit einem Unbekannten, auch wenn er einen Ausweis hat. Ueber alles abgenommene muß eine Bescheinigung ausgestellt werden. Schickt diese Bescheinigung oder eine Abschrift an den Oberobmann beim Generalkommando Würzburg, wenn Ihr Euch im Rechte fühlt.“ Weiter hat der Oberobmann eine „Schandtafel“ eingeführt, in der die Namen der wegen Wuchers und Lebensmittelerzeugnisse Beurteilten veröffentlicht werden. Wer einmal drinnen steht, kommt nach der erstmaligen Veröffentlichung erst dann wieder heraus, wenn er zwei weitere feinesglichen der Beurteilung zugeführt hat.“

Locales.

- **Vom Schneeglöckchen.** Nach der Dauer der Winterzeit bestimmen die Schweizer den Sommer; wessen die Schneeglöckchen frisch, so deutet das auf einen kurzen Sommer.

- **Satz der Palmfächer.** Die Blüten der Salweiden (Palmfächer) und der Haselnußsträucher im Anfang des Frühjahrs sind für die Nahrung der Bienen und für die Honigerzeugung von besonderem Wert; deshalb sollte man das Abstreifen und Verkaufen ihrer Blüten unterlassen.

- **Frauenkleidung.** Die Milderung der Reichsbedeckungsverordnungen hat die Bedarfslosigkeit für weibliche Oberkleidung fast ganz beseitigt. Die Kaufkraft

ist merklich gestiegen. Die im Dezember für Textilwaren eingetretene Preisermäßigung hat sich aber nur wenig bemerkbar gemacht; ja man findet, daß sich die Preise für manche Stoffe wieder langsam erhöht haben.

- **Jündernot.** Im Laufe des Krieges sind die Jündernot immer schlechter und dabei teurer geworden. Mittler verschwand sie plötzlich. Das auch gegenwärtig wieder der Fall. Allenfalls kann man eine halbgefüllte Schachtel für 25 Pfennig erhalten. Früher kostete ein ganzes Paket mit 10 vollen Schachteln 10 Pf. Es scheint sich um einen organisierten Wucherfeldzug zu handeln.

- **Verlängerung der Anmeldefrist.** Die auf den 20. März festgesetzte Frist zur Anmeldung der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Betriebsanlagen ist bis 31. März 1919 verlängert worden.

- **Förderung des Zuderrübenanbaus.** Der Reichsernährungsminister erklärte, die Reichsregierung sei der Ansicht, daß der Zuderrübenanbau dringend zur Förderung bedürfe und alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Zuderrübenanbau im nächsten Jahr zu steigern. Im besonderen wird erwoogen, einen Teil der Zuderrübenanbau dem freien Absatz zu überlassen. Die vollständige Freigabe des Handels erscheine zurzeit nicht möglich.

- **Futternot.** In der „Markt. Nachr.“ werden von einem Landwirt 30 Jtr. Heu gegen Abgabe von 200 Liter Wein gesucht. Zieht man in Betracht, welche hohen Preise heute für Weine angelegt werden, so bekommt man einen ungefähren Begriff von der Futternot und der Futtermangel.

- **Neue Preise für Stickstoffdüngemittel** sind unter dem 13. März wie folgt festgesetzt für 1 Kilogramm Stickstoff in Pflanz: Schwefelsaures Ammoniak a) gewöhnliche Ware 130, b) gedarrt und gemahlen 180, Kalium-Ammoniumsulfat 180, Ammoniumsulfat 200, Kalium-Ammoniumsulfat 220 (daneben kann der Kaligehalt mit 41 Pf. für 1 Kilogramm Kali berechnet werden), Kaliumsalpeter 275, Kalisulfat 140 Pf. Dazu kommen die Umlagebeträge für die Preisausgleichsstelle zur Hebung. Für Blumensalze beträgt der Preis für 1 Kilogramm 90 Pf. Stickstoff 220 Pf. für Hornmehl 220 Pf.

- **Heereswein.** Im Heide liegen noch etwa 10 Millionen Liter Wein aus Heeresbeständen, deren Verwertung vom Reichsverwertungsamt der Weinhandels-Gesellschaft m. b. H. in Berlin übertragen wurde. Es scheint nun einmal in Deutschland nicht anders zu gehen, als daß irgend eine Gesellschaft den Markt abdeckt und die Preise verteuert.

- **Die Erhöhung des Marktkurses um 30 Prozent**, die angeblich von den Verbänden der Landwirte beschlossen worden war, ist nach einer kürzlichen Meldung der „Frankf. Ztg.“ vorläufig noch ganz haltlos. Ein solcher Schritt könnte vielleicht nach Friedensschluß in Frage kommen.

- **Eisenbahner für den Grenzschutz-Dienst** werden immer noch dringend benötigt und, was Gebührende Vergütung und Verpflegung angeht, unter denselben Bedingungen angenommen, wie die Angehörigen anderer Waffen. Freiwillige Meldungen von Eisenbahnerinnen, Bauhandwerkern, Schmieden, Schlossern usw. sind zu richten an die Bezirks- oder Garnisonkommandos.

- **Die Heimreise der deutschen Truppen** aus den Schwarzmeertheatern und aus der Türkei hat begonnen. Die Frachtpreise gehen auf deutschen Schiffen nach Hamburg.

Infolge der Demobilisierung und der Verchiebung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich sind auch dort erhebliche Verkehrsstörungen an der Tagesordnung. Der Postverkehr mit den Gefangenen erleidet daher vielfach Verzögerungen. Aus diesem Grunde sollte zurzeit vermieden werden, an die deutschen Kriegsgefangenen leicht verderbliche Nahrungsmittel zu versenden.

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 22. März. (Soldatenräte.) Die Landesversammlung der Soldatenräte hat den ge-

stern vormittag gefassten Beschluß, das Freiwilligenkorps Haas in Mönningen aufzulösen, nachmittags auf Antrag der Ulmer Vertreter wieder umgestoßen. Das Korps soll an die Südgrenze verlegt werden. Ferner wurde eine Neubesezung des Rentrats in Berlin gefordert.

(-) **Stuttgart**, 23. März. (Eingemeindung.) Das Ministerium des Innern hat die Eingemeindung Heilbronnens nach Stuttgart abgelehnt und einen umfassenden Eingemeindungsplan gefordert, wobei außer Heilbronn u. a. auch Murrhardt und Oberkochen berücksichtigt werden sollen.

(-) **Stuttgart**, 22. März. (Verunglückt.) Beim Abbringen von einem im Gang befindlichen Wagen wurde gestern mittag in der Eberhardstraße ein 30-jähriger Mann von einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Straßenbahnwagen erfasst und tödlich verletzt.

(-) **Von der Grippe**, 23. März. (Der Typhus.) In Forzheim betrug die Gesamtzahl der Krankheitsfälle am Samstag 1646. Da es an Lebens- und Desinfektionsmitteln fehlt, wird angeregt, die Regierung möge bei der Waffenstillstandskommission die direkte Abwendung eines Lebensmitteltransports nach Forzheim von den Alliierten auswirken.

(-) **Mühlacker**, 23. März. (Darrnädige Diebe.) Der Pforzheimer Bijouteriefabrikant Tobl besitzt im nahen Niefen ein Sommerhaus. Es wurde von Einbrechern beschloßen. Als der Besitzer in der Zeitung eine Belohnung für die Ausfindung der Täter aussetzte, brachten sie in der nächsten Nacht nochmals ein, stahlen vollends alles, was sie mitnehmen konnten und verließen nach Erbrechen von 9 Tieren das Abzuge.

(-) **Münster**, 22. März. (Bewandeter Streik.) Die Kalk- und Schotterwerke haben die Forderung der Arbeiter anerkannt. Der Streik ist beendet.

(-) **Göppingen**, 22. März. (Beizwechiel.) Der Verlag und die Buchdruckerei der „Göppinger Zeitung“ ist auf den Geschäftsführer der bisherigen Gesellschaft und Schriftleiter der „Göppinger Zeitung“, J. Kirchner, übergegangen.

(-) **Heidenheim**, 22. März. (Wahnsinnige Holzpreise.) Bei einem Holzverkauf im Bezirk wurden Holzschläge, zu 30 Mk. aufgeboden, auf 250 Mark geschätzt.

(-) **Schramberg**, 23. März. (Kochkrankheit.) Auf der benachbarten Tischner mußten fünf wertvolle Biecke wegen Kochkrankheit, die durch Mistkäse eingeatmet war, getötet werden.

(-) **Spaichingen**, 23. März. (Streik.) In Spaichingen sind die Arbeiter der Zentrale der Württ. Dynamitfabrik von Chr. Weiß in Trossingen in den Ausstand getreten. Sie verlangen die Abberufung des bisherigen Aufsichters und eine Lohnerhöhung. In der Lohnfrage wurde durch Gewährung einer 10prozentigen Aufbesserung zu der 50prozentigen Kriegszulage eine Einigung erzielt. Tagelohn willigen die Arbeitgeber in die Entlassung des Aufsichters nicht ein. Es wird deshalb weiter gestreikt.

(-) **Hechingen**, 23. März. (Freigesprochen.) Der Kaufmann Wilhelm Haag und der Landwirt Joh. Schwenk, beide aus Hechingen, haben im Januar die Vorkasse des dortigen Frauenvereins, die 355 Mark Soden in Rufen mit der Bahn an das Verleumdungsamt Karlsruhe schiden wollte, durch Forderungen mit dem Einschlagen von Türen und Fenstern und mit einem Aufruhr zur Ausschaltung einer Vollmacht gezwungen, auf Grund deren sie die Rufen von der Bahn zurückholten und die Soden an die Soldaten verteilten. Die Strafkammer hat mangels der Tatbestandsmerkmale beide Angeklagte freigesprochen.

Mutmaßliches Wetter.

Nach Abzug des großen Luftwirbels sind zwar noch vereinzelte Nachfröhen zu gewärtigen, im übrigen aber ist am Dienstag und Mittwoch vorwiegend trockenes, klares und milderes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilbad. Verantwortlich: E. Kleinhardt, Kassel.

Bekanntmachung
Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre sämtliche leere Mehlkade im Stadt-Mehllokal abzugeben.

Stadt. Mehlabgabestelle.

Lebensmittelbücher.

Am Dienstag den 25. März werden neue Lebensmittelbücher ausgegeben und zwar die Nummern:

1-500 vormittags 8-12 Uhr

501-Schluss nachmittags 2-6 Uhr

Die alten Lebensmittelbücher sind mitzubringen und abzugeben.

Stadt. Lebensmittelamt Wilbad.

Bekanntmachung

Zum Wege der Verlosung kommen aus Stadtwald Sommerberg am Aushalterweg und Sommersteige

140 M. tann. Prügel 2. Kl. a 12 M. pro Nm.

69 M. soch. Prügel 2. Kl. a 5 M. pro Nm.

3 M. Reispfingel a 5 M. pro Nm.

aus Stadtwald Meißern

Abteil. 2 Oberhandsteige

107 Nm. Prügel 2. Kl. a 12 M.

9 Nm. Reispfingel

zur Abgabe. Anmeldungen wollen innerhalb 3 Tagen beim Lebensmittelamt gemacht werden.

Wilbad, den 24. März 1919.

Stadtspflege.

Bekanntmachung

Morgen Dienstag Nachmittags von 2-5 Uhr kommt in der Stadt. Düranlage d. d. r. Bündelholz zum Verkauf. Der Büschel kostet 40 Pf.

Stadt. Mehl- und Futtermittelabgabestelle.

Keine Sprechstunde am:
Mittwoch u. Donnerstag, 26., 27. März 19.
Samstag, Sonntag u. Montag 29., 30. März
wegen auswärtiger Tätigkeit
Bahn-Arzt Weidner,
Wilbad.
Sprechzeit für gewöhnlich:
werktäglich von 10-12 und 3-5 Uhr,
außer Mittwochs.
Zernsp. 149.

Frisch gewässerte
Stockfische
empfiehlt
Adolf Blumenhal.

Fuss-Abstreifer
aus starkem Buchenholz, als Ersatz für Fußmatten,
empfiehlt per Stück Mk. 2,50 und Mk. 3.
Robert Treiber.

Es ist mir gelungen, noch einige hundert Meter
Wollstoffe
140 cm. breit a. 28.50 per Mt.
zu erwerben.
Diese Ware stammt aus ganz vorzüglichem Material, und eignet sich ganz besonders für **Joppen und Westen, Damen-Herren u. Kinder-Mäntel, Jacken Pelzinen, Ober- und Unterröcken**
Bett- und Reisedecken
Gingegangen sind ferner
130 cm. breite Kostümstoffe a Mt. 30.50
Ph. Bosch, Wilbad
Telefon Nr. 32

Deutsche Demokratische Partei
heute Abend **Ausschussitzung**
im Saal.
Schwarzes
M 70 bei 140 cm. Breite
empfiehlt
Damen-Tuch
sehr schöne feine Qualität zu
Kostümen, etc. das Meter zu
Robert Kiewinger,
Schneidermeister.